

«Nicht ausgebildete Lehrkräfte einzustellen, ist Pflästerlipolitik»

Nationalrat Simon Stadler (Die Mitte) fordert erleichterten Zugang für Berufsmaturanden zu pädagogischen Hochschulen

Herr Stadler, 2020 haben Sie bereits eine Motion eingereicht, um Berufsmaturanden den Zugang zur PH zu erleichtern. Ohne Vorbereitungskurs und Aufnahmeprüfung. Vergangene Woche kam aus der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates eine Motion mit demselben Inhalt. Ist der Lehrermangel derart akut?

Der Lehrermangel ist so akut wie nie zuvor. Diesen Sommer haben schweizweit zwischen 600 und 800 Lehrpersonen gefehlt. In Zürich und im Aargau hat man unausgebildete Leute in die Schulzimmer geschickt. Es geht hier um die Zukunft der Kinder, die Anrecht auf ausgebildete Lehrer haben. Man muss schauen, dass das Niveau in der Volksschule gehalten werden kann.

Wie wollen Sie das ändern?

Das Handlungsfeld der nationalen Politik ist beschränkt. Die Volksschulen liegen in der Verantwortung der Kantone, die Ausbildung bei den pädagogischen

Hochschulen. In unserem Vorstoss geht es um die Schnittstelle dazwischen.

Das heisst?

Der Zugang von Absolventinnen und Absolventen der Berufsmatura an die pädagogischen Hochschulen ist im Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz geregelt. Deshalb kann die nationale Politik hier Hand bieten und die pädagogischen Hochschulen attraktiver machen. Der Abbau der Hürden für Berufsmaturanden an die pädagogischen Hochschulen kann einen Teil zur Bekämpfung des Lehrermangels beitragen.

Der Lehrermangel ist seit langem akut. Warum wurde nicht gehandelt?

Es wurden bereits jetzt gewisse Schritte eingeleitet. Beispielsweise mit der Anstellung von unausgebildeten Leuten. Das ist aber Symptombekämpfung. Viele Lehrpersonen arbeiten Teilzeit. Zudem wechseln Personen in die Pri-

vatwirtschaft. Die Politik hat sich dessen angenommen. Aber jetzt sind wir an einem Punkt, wo es unbequem wird. Pensionierte Lehrkräfte zu aktivieren und unausgebildete Personen einzustellen, reicht nicht mehr aus. Das ist Pflästerlipolitik.

Wo genau liegt das Problem?

Personen mit einer Berufsmatura können heute an eine Fachhochschule oder nach der Passerelle auch an die Universität. Wollen diese Personen an die pädagogische Hochschule, stellen sich ihnen gewisse Hürden. Die Berufsmatura ist im derzeitigen Aufnahmeverfahren quasi bedeutungslos. Das ist eine Geringschätzung. Auf dem zweiten Bildungsweg, also mit Lehre und anschließender Vollzeit-Berufsmatura, dem Vorkurs und der Aufnahmeprüfung, braucht man lange, bis man erst einmal an der pädagogischen Hochschule ist. Dann folgen drei Jahre Studium. Das ist eine unnötige Hürde.

Sie sind Vollblutlehrer und sind während der Corona-Pandemie als Aushilfe eingesprungen. Wenn man so viel Leidenschaft für einen Beruf hat, lässt man sich dann wirklich von diesen Aufnahmekriterien abschrecken?

Sicher gehört Leidenschaft dazu. Allerdings bedeutet die gegenwärtige Situation, dass Berufsmaturanden drei statt vier Jahre für ihre Ausbildung brauchen. Das bedeutet auch: ein Jahr weniger in die Pensionskasse einzahlen. Ich persönlich war 28 Jahre alt, als ich abgeschlossen habe. Das ist ein Alter, in dem man sich überlegt, eine Familie zu gründen. Diese Überlegungen können potenzielle Lehrer davon abhalten, den Beruf zu wählen. Der Kanton Bern zeigt, dass es anders geht.

Wie genau?

Ab Herbst 2023 wendet er ein neues Modell an. Berufsmaturanden können wie bisher einen Vorkurs und eine Aufnahmeprüfung absolvieren. Nach dem

Studium haben sie einen Bachelor. Sie können allerdings auch ohne Vorkurs und Prüfung studieren und erhalten dann ein kantonales Diplom.

Das heisst, sie können nur im Kanton Bern unterrichten.

Das Modell ist dennoch interessant. Sie können ohne Vorkurse an die PH und während des Studiums Kurse belegen, um allfällige Lücken in einzelnen Fächern aufzuholen.

An der PH-Bern sind schon heute die Mehrheit der Studenten Absolventen der Berufsmatura. Kann Ihr Vorstoss den Lehrermangel beheben?

Unsere Motion ist kein Allheilmittel. Sie ist ein Puzzlestück. Die Schulen müssen das vorhandene Personal motivieren, ihre Pensen zu erhöhen. Im Dezember kommt die Motion in den Nationalrat. Ich bin optimistisch, da wir in der Kommission eine Mehrheit hinter uns haben.

Interview: Matthias Venez